



## Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371  
E-Mail: [gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)  
[www.gunther-krichbaum.de](http://www.gunther-krichbaum.de)

# Berlin aktuell

## Bürger bei Großprojekten besser einbeziehen

### Aktuelle Stunde zum Schlichterspruch zu „Stuttgart 21“

**An diesem Dienstag stellte Dr. Heiner Geißler zum Ende der Schlichtung sein Votum für Stuttgart 21 vor. Darin spricht er sich für eine Fortführung des Projektes aus. Allerdings schlägt er eine Weiterentwicklung des Projektes zu "Stuttgart 21 Plus" vor. Dazu machte Geißler eine ganze Reihe von Verbesserungs- und Änderungsvorschlägen.**

Die Bahn hat sich vor diesem Hintergrund zu einem "Stresstest" verpflichtet, bei dem die Leistungsfähigkeit des neuen Bahnhofs nachgewiesen werden soll. Ein solches Ergebnis wäre durch eine von grün und rot geforderte Volksabstimmung nie erreicht worden, unabhängig davon, dass sie auch rechtlich nicht zulässig wäre, wie Geißler ausdrücklich betonte. Denn wenn die Mehrheit der Bevölkerung der ursprünglichen Planung zugestimmt hätte – was in Meinungsumfragen durchaus möglich erschien – wären die jetzt vom Schlichter geforderten Verbesserungen nicht möglich gewesen. Dies zeigt einmal mehr, dass Volksabstimmungen, bei denen nur über „JA“ oder „NEIN“ entschieden werden kann, wenig geeignet sind, gesellschaftliche Konflikte zu entschärfen und Kompromisse zu fördern. Vielmehr können sie polarisieren und die Fronten verhärten.

Ministerpräsident Stefan Mappus dankte Geißler für seine Tätigkeit als Schlichter und sagte zu, die Vorschläge Geißlers "transparent" abzuarbeiten. Mappus dankte aber auch ausdrücklich den Vertretern der Projektgegner. Diese haben hochqualifiziert, mit guten Argumenten ihre Positionen vorgetragen und damit zur Sachlichkeit des gesamten Verfahrens beigetragen.

Auch der Bundestag debattierte in einer von CDU/CSU und FDP beantragten Aktuelle Stunde über den Schlichterspruch. Der Generalsekretär der baden-württembergischen CDU Thomas Strobl mahnte zur Nachdenklichkeit und Selbstkritik und regte an, aus den Ereignissen zu lernen und die Bürger in ähnliche Großprojekte künftig stärker einzubeziehen. Das Land habe nicht nur von der Person Geißler gelernt, sondern auch vom Prozess der Schlichtung selbst. "Einen Kommunikationsgau wie bei Stuttgart 21 darf es nie wieder geben", mahnte Strobl. Die Vorschläge, die nun zur Nachbesserung von Stuttgart 21 auf dem Tisch lägen, müssten sorgfältig geprüft werden.

Die Union will bei Großprojekten künftig unter dem Motto „Beteiligung und Beschleunigung“ eine bessere Bürgerbeteiligung von Beginn der Planungen an, damit sich der Prozess am Ende des Verfahrens beschleunigt. Ziel muss es auch sein, dass die betroffenen Bürger durch ihre frühzeitig und umfassende Einbeziehung auf die ein oder andere Klage verzichten und so viel Zeit eingespart werden kann.

Leider nicht unerwartet waren die Reaktionen von Grünen und SPD auf den Schlichterspruch. Aber es ist schon bezeichnend, dass ausgerechnet die Grünen, die Heiner Geißler selber als Schlichter vorgeschlagen hatten, jetzt seinen Schlichterspruch nicht akzeptieren, weil er nicht ihren Vorstellungen entspricht und erneut die Straße zu mobilisieren versuchen. In ihrer derzeitigen Verfassung sind und bleiben die Grünen eben doch nur eine "Dagegen-Partei".

### **Neuregelung der Sicherheitsverwahrung**

Die christlich-liberale Koalition hat mit dem Gesetz zur Sicherungsverwahrung eines der komplexesten und wichtigsten Themen der Rechtspolitik neu geregelt. Durch das Gesetz wird die Allgemeinheit vor Straftätern geschützt, die auch nach der Haftverbüßung noch gefährlich sind. Gleichzeitig wird das Instrument der Sicherungsverwahrung auf schwerste Fälle beschränkt, um ihrem Ausnahmeharakter Rechnung zu tragen. Außerdem ist das Gesetz eine Reaktion auf eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, die dazu geführt hat, dass mehrere weiterhin als gefährlich eingestufte Täter in die Freiheit entlassen werden mussten. Mit dem Therapie- und Unterbringungsgesetz (ThUG), das ebenfalls Teil des Gesetzespaketes ist, wird dafür gesorgt, dass diejenigen Täter, die psychisch gestört sind, weiterhin oder wieder in staatliche Obhut genommen werden können, um die Bevölkerung vor ihnen zu schützen. Es ist außerordentlich zu begrüßen, dass die Veränderungen auf breite Unterstützung gestoßen sind, da sich auch die SPD entschlossen hat, die Neuregelung mit zu tragen.“

### **Hartz IV-Reform beschlossen**

Mit den Stimmen der Koalition hat der Bundestag heute die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Neuberechnung der Hartz IV-Regelsätze beschlossen. Demnach steigt der Satz für Erwachsene um 5 Euro auf dann 364 Euro. Hinzu kommen die Kosten für angemessenen Wohnraum. Noch ist fraglich, ob der Bundesrat der Reform in zwei Wochen zustimmen wird. Die SPD-regierten Länder haben bereits eine Blockade angekündigt. Ihnen geht es darum, im dann anschließenden Vermittlungsverfahren eigene politische Forderungen durchzusetzen, die überhaupt nichts mit der Hartz IV-Reform zu tun haben. Um die Zahlung der neu berechneten Regelsätze trotzdem wie vom Verfassungsgericht gefordert zum 1. Januar 2011 zu ermöglichen, hat Bundesarbeitsministerin von der Leyen Vorkehrungen getroffen, die Leistungen provisorisch auszuzahlen,

damit die Betroffenen nicht unter der Blockadehaltung der SPD zu leiden haben.

### **Geschäftsklimaindex steigt auf Höchstwert**

Der Aufschwung setzt sich fort: Deutschlands Unternehmen bewerten ihre aktuelle Geschäftssituation und ihre Aussichten für die nächsten sechs Monate noch zuversichtlicher als dies bislang schon der Fall war. Dies zeigt der ifo-Geschäftsklimaindex, der im November um 1,6 Zähler auf 109,3 Punkte stieg und damit den höchsten je in Gesamtdeutschland gemessenen Wert erreichte. Dabei ist in allen vier befragten Branchen, dem verarbeitenden Gewerbe, dem Einzel- und Großhandel sowie dem Bauhauptgewerbe eine Verbesserung des Klimas eingetreten.

### **Vor 20 Jahren: Erste Gesamtdeutsche Wahl**

Vor 20 Jahren, am 2. Dezember 1990 wählten Ost- und Westdeutsche den ersten gesamtdeutschen Bundestag. An die "ganz normale und zugleich ganz besondere Wahl" erinnerte Bundestagspräsident Norbert Lammert an diesem Donnerstag zu Beginn der Plenarsitzung. „Ein gutes Jahr nach dem Fall der Mauer, zwei Monate nach dem Tag der vollzogenen Einheit konnten alle Deutschen erstmals wieder in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl ihr gemeinsames Parlament wählen“, sagte Lammert. "58 Jahre haben die Deutschen darauf warten müssen, denn die letzte freie Wahl in ganz Deutschland fand davor 1932 statt. Neu war übrigens auch", so Lammert, "dass die West-Berliner ihre Abgeordneten zum ersten Mal direkt in den Bundestag wählen konnten; bis dahin wurden diese vom Berliner Abgeordnetenhaus in den Bundestag gesandt." Der hatte seinen Sitz damals noch in Bonn. Die Konstituierung des gesamtdeutschen Bundestages habe dann aber in Berlin stattgefunden, erinnerte Lammert. "Am 20. Dezember 1990 eröffnete der damalige Alterspräsident Willy Brandt die Sitzung hier in diesem Raum.“